

SEXARBEITSKONGRESS BERLIN 2014

Offene Fachtagung // „Sexarbeit in Zeiten der Bewegung“ // 24.-26. 09. 2014



Zur Geschichte des Kongresses

In den 80er Jahren wurden erstmals unter der Federführung der neu gegründeten Prostituiertenorganisationen bundesweite und internationale Hurenkongresse abgehalten. Schon damals ging es um die Legalisierung und Entkriminalisierung der Prostitution. Damals wurde auch ein Huren-Entwurf für das Prostitutionsgesetz verabschiedet, der sich aber nur unter Abstrichen in dem 2002 in Kraft getretenen Prostitutionsgesetz wiederfindet.

Im Zuge der Institutionalisierung der verschiedenen Organisationen seit den 90er Jahren wurden aus den Hurenkongressen die „Fachtagungen“: Mitarbeiter_innen der Beratungsstellen für Sexarbeiter_innen tagten gemeinsam mit Sexarbeiter_innen zu unterschiedlichen, immer auch politischen Themen, alle zwei Jahre. Mit der Gründung des Verbandes *BufaS e. V.* als Zusammenschluss der Fachberatungsstellen wurden die Tagungen zu offiziellen Fachtagungen des *BufaS*, die im Wechsel von den verschiedenen Mitgliedsorganisationen ausgerichtet wurden.

2014 war alles ein bisschen anders: Die Tagung wurde größer und der *BufaS* war nicht mehr alleiniger Ausrichter der Tagung. *Hydra e. V.* als diesjährige Gastgeberorganisation hatte sich mit dem im letzten Jahr gegründeten *Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen BesD e. V.* zusammengetan, um eine gemeinsame Veranstaltung zu organisieren. Daher nahmen dieses Jahr weit mehr Sexarbeiter_innen an der Tagung teil als in den vorigen Jahren.

Bereits in der Konzeptionsphase konnten wir zusätzlich auch mit einer sehr aktiven Gruppe von *Forscher_innen* von der HU Berlin zusammenarbeiten, damit konnten wir auch deren Bedarfe in das Tagungsprogramm aufnehmen.

Die Tagung war auch erstmals für ein allgemeines Publikum zugänglich und hatte für den ersten Tag namhafte Redner_innen eingeladen. Erst am dritten Tag fanden die internen Arbeitstreffen von *BufaS*, *BesD* und *Forscher_innen* statt.

Es hat uns auch sehr gefreut, dass wir mehrere Unterstützer für den Kongress gewinnen konnten, dazu gehörten die Stiftung Parität, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Deutsche AIDS-Hilfe und das Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung.

Das Kongressprogramm

Der erste Sexarbeits-Kongress in Berlin war ein voller Erfolg. Die drei Organisationen *Hydra*, *bufas* und *BesD* haben den Bedarf der breiten Öffentlichkeit an Wissen und an Raum für Verständigung voll getroffen. Wir waren selbst überrascht von der großen Teilnehmerzahl.

Unser dreiteiliges Konzept beinhaltete einen Politik-, einen Workshop- und einen Fachtag der Verbände.

So etwas hatte der getäfelte Chemie-Hörsaal der altherwürdigen Humboldt-Universität zu Berlin noch nicht gesehen: Unter einem riesigen Periodensystem der Elemente trafen sich Ende September knapp dreihundert Sexarbeiter_innen, Sozialarbeiter_innen, Wissenschaftler_innen und die interessierte Öffentlichkeit, um über „Sexarbeit in Zeiten der Bewegung“ zu sprechen und sich zu informieren.



Mit abwechslungsreichen Fachvorträgen am ersten Kongresstag wurde vor allem die breite Öffentlichkeit angesprochen. Mit 350 anwesenden Teilnehmer_innen war der Veranstaltungssaal (Emil-Fischer) an der Humboldt-Uni sehr gut besucht. Der erste Nachmittag stand ganz im Zeichen

hochkarätiger Fachvorträge, moderiert von der Autorin und ehemaligen Sexarbeiterin Pieke Biermann.

Nach einem Grußwort von Henny Engels für den Deutschen Frauenrat brillierte Liad Kantorowicz, Sexarbeiterin und Aktivistin aus Israel, mit einem Plädoyer wider die tatsächlichen Mißstände rund um das Thema Sexarbeit, die sich nicht nur von den öffentlich diskutierten angeblichen Problemen unterscheiden, sondern die durch die Maßnahmen der „Rettungsindustrie“ oft sogar noch verschlimmert werden. Die Medienpädagogin Dr. Sabine Schiffer zeigte anhand zahlreicher Beispiele auf, wie die Opferdarstellung von Sexarbeiter_innen in den Medien zustande kommt, die Politikwissenschaftlerin Prof. Rebecca Pates referierte über Sinn und Unsinn einer gewerberechtlchen Überwachung als Mittel der Prostitutionpolitik, und Claudia Zimmermann-Schwartz stellte die Ergebnisse des hochgelobten Runden Tisches Prostitution in Nordrhein–Westfalen vor. Die Manuskripte zu diesen Vorträgen sind unter www.sexarbeits-kongress.de abrufbar. Zum Abschluss der Nachmittagssession stimmte der Auftritt einer Reihe von rot maskierten

Menschen nachdenklich, die die Folgen der geplanten polizeilichen Registrierungspflicht von Sexarbeitenden anhand persönlicher Geschichten aufzeigten: Von der Mutter zweier Kinder, die um ihr Sorgerecht fürchtet, der Studentin mit Nebenjob, die nach einem Zwangsoouting eine akademische Laufbahn vergessen könnte, oder der Mieterin einer Modellwohnung, die sich schon mitten im Orwell-Roman angekommen fühlt.

Am Abend erhitze eine Podiumsdiskussion mit Vertreter_innen der Bundestagsparteien, Fachberatungsstellen und des BesD die Gemüter, bei der sich auch das Publikum rege beteiligte.



War der erste Tag offen für alle Interessierten, so hatten die Organisator_innen mit der Kongressbekanntmachung (Website und Flyer) aber auch gezielt Personen und Organisationen, die mit der Branche zu tun haben, angesprochen: in der Sexarbeit Tätige, Frauenberatungsstellen, Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel, Gesundheitsämter, AIDS-Beratungen, Polizei, LKA, BKA, Politiker_innen, Jurist_innen, Bordellbetreiber_innen, Forscher_innen, Politiker_innen, Personen aus Verwaltungen, Studierende, etc.

Der zweite Kongresstag war daher der Fachöffentlichkeit vorbehalten, die in gut vorbereiteten Workshops an verschiedenen Themen arbeiteten: Professionalisierung/Fortbildung, präventive Gesundheitsarbeit, Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Sexarbeit in der EU, Möglichkeiten sozialer Absicherung, Polizei- und Steuerrecht, Forschung, männliche Sexarbeit.

Zielstellung insbesondere an diesem Tag war die Darstellung von Fakten und Inhalten und dann die gemeinsame Ausarbeitung von konkreten Handlungsschritten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit als Grundlage für politische Entscheidungen. Etwa 200 Teilnehmer_innen haben auch diesen Tag aktiv genutzt.

Nach einer rauschenden Kongress-Party fanden sich die Teilnehmer_innen am Freitag nach und nach wieder zusammen, um in drei geschlossenen Gruppen (Sozialarbeit/Beratungsstellen, Sexarbeiter_innen und Forscher_innen) bis zum frühen Abend weiter zu tagen.



Das Kongressprogramm hatte unterschiedliche Themen der aktuellen politischen Debatten rund um die Neuregulierung der Sexarbeit aufgenommen, aber vor allem Sexarbeiter_innen mit ihren eigenen Sichten auf ihre Tätigkeit und die ihrer Kolleg_innen zu Wort kommen lassen. Nach unserer Ansicht haben wir gerade dieses Ziel eines Empowerments mit der Organisation dieses Kongresses erreicht.

Themen und Positionen

Den beteiligten Organisationen ging und geht es weiterhin um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden in Deutschland. Dazu sollten auf dem Kongress Vorschläge und Konzepte erarbeitet werden – auch im Rahmen kontroverser Diskussionen –, die den wirklichen Interessen und Problemen von Sexarbeiter_innen entsprechen.

Voraussetzung dafür war, dass Sexarbeiter_innen selber zu Wort kommen und ihre Sicht der Dinge artikulieren konnten. Dies galt insbesondere für weniger privilegierte Sexarbeiter_innen.

Die für uns zentralen Punkte sind:

- Die **Entstigmatisierung** von Sexarbeit und Sexarbeiter_innen: Obwohl Sexarbeit seit 2002 als Beruf anerkannt ist, haben Prostituierte noch immer mit vielen gesellschaftlichen Hürden und Diskriminierungen zu kämpfen, insbesondere dann, wenn es sich um Migrant_innen handelt, wenn ihre Sprachkenntnisse des Deutschen begrenzt sind oder wenn sie geringe materielle Ressourcen haben. Aber auch, sofern sie einen „bürgerlichen“ Hauptberuf ausüben oder Kinder haben.
- Die **Entkriminalisierung** von Sexarbeit: Trotz der grundsätzlichen Legalität gibt es noch immer zahlreiche Regelungen, durch die Sexarbeit strafrechtlich oder ordnungsrechtlich belangt wird: Durch Sperrgebiete, insbesondere für Straßenstriche, werden die Arbeitsmöglichkeiten eingeschränkt und oftmals in unwirtliche Gegenden verlagert. Nach wie vor gilt ein Werbeverbot für Sexarbeit. Im Strafgesetzbuch wird Ausbeutung, Zuhälterei und Menschenhandel im Kontext von Prostitution gesondert erfasst, obwohl es diese Formen von Zwang und Ausbeutung auch in anderen Branchen gibt. In zahlreichen Bundesländern hat die Polizei ein Recht zu verdachtsunabhängigen Überprüfungen von Prostitutionsstätten, obwohl dort nichts grundsätzlich Illegales geschieht. Auch speichert die Polizei mutmaßlich sämtliche Daten von Sexarbeiterinnen, die sie bei Kontrollen sammelt, obwohl Prostituierte keine Verbrecher sind.
- Verbesserung von **Arbeitsbedingungen** und **sozialer Absicherung** von Sexarbeiter_innen: Zum Teil findet Sexarbeit unter fragwürdigen Arbeitsbedingungen statt, dazu zählen hohe Zimmermieten, das Verlangen unsafer Praktiken oder abgelegene Straßenstriche in Gewerbegebieten ohne Infrastruktur. Viele Sexarbeitende, besonders Migrant_innen, haben Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden und sind daher abhängig davon, dass ein Bordellbetreiber sie an ihrem Arbeitsplatz schlafen lässt. Obwohl Sexarbeiter_innen sich grundsätzlich als Selbständige sozialversichern können, arbeiten viele unter prekären Bedingungen und können sich eine solche nicht leisten. Daher wollen wir Konzepte erarbeiten, wie Arbeitsstandards festgelegt werden können, die nicht nur das Ziel haben, Prostitutionsstätten zu schließen oder das gemeinsame Arbeiten in kleinen Apartments erschweren. Außerdem sollte sich die Politik nicht auf bestimmte Modelle (Flatrate-Clubs) einschießen, das ist bloße Symbolpolitik: entscheidend sind die Bedingungen, nicht ob die Bezahlung pauschal oder pro Kunde stattfindet. Bezüglich der sozialen Absicherung soll über ein Modell in Anlehnung an die Künstlersozialkasse nachgedacht werden, das es Sexarbeiterinnen erleichtert, z.B. eine Rente zu erwerben.
- **Empowerment** und **Professionalisierung**: Professionalisierung und Empowerment auf kollegialer Basis ist ein weiteres wichtiges Thema, da nur Sexarbeiter_innen, die informiert und stark sind, selbstbewusst entscheiden können, welche Praktiken sie anbieten möchten

- und welche nicht. Kolleginnen können untereinander am besten darüber sprechen, wie man die Arbeit für sich am besten gestaltet und dabei gesund bleibt und kein Burnout erlebt. Dazu soll über Konzepte und Finanzierungsmöglichkeiten beraten werden.
In diesen Kontext gehört auch das Thema **Gesundheitsvorsorge**. Hierbei erscheint uns ein Ausbau der kostenlosen und anonymen Angebote der Gesundheitsämter sinnvoll. Eine gesetzliche Pflichtuntersuchung, wie sie Teile der CDU fordern, wäre dagegen ein Rückschritt und ein nicht gerechtfertigter Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf körperliche Unversehrtheit.
- **Gegen repressive Maßnahmen:** Die Bundesregierung hat in einem Eckpunktepapier einige Vorschläge erarbeitet, wie die Sexarbeit reguliert werden sollte. Dazu zählen insbesondere eine **Erlaubnispflicht** für Prostitutionsstätten und eine **individuelle Anmeldepflicht** für Sexarbeiter_innen in der jeweiligen Kommune, in der sie arbeiten wollen. Beide Maßnahmen scheinen uns in der vorliegenden Form nicht sinnvoll, weil sie – insbesondere im Verbund mit den schon genannten Sondergesetzen – primär der Verhinderung der Prostitution dienen, anstatt der Verbesserung von Arbeitsbedingungen. Durch diese Maßnahmen sollen die in der Sexarbeit Tätigen geschützt werden, doch gerade die Meldepflicht (individuelle Anzeigepflicht) ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskriminierung untragbar. Sie nimmt den Sexarbeiter_innen den Schutz der Anonymität und stellt sie in eine kriminelle Ecke. Den Gedanken, dadurch mehr Opfer von Menschenhandel zu finden, weil diese sich nicht registrieren lassen, halten selbst Menschenhandels-Experten für abwegig.
- Auch weitere Vorschläge wie eine **Kondompflicht**, ein **Mindestalter von 21 Jahren** für die Ausübung der Sexarbeit sowie eine **Bestrafung von Freiern** von „Zwangsprostituierten“ **lehnen wir ab**, da keiner dieser Vorschläge dazu beiträgt, ein Problem zu lösen, sondern vielmehr weitere Straftatbestände einführt, die im Zweifelsfall nicht überprüft werden können. Unter 21-Jährige werden nicht aufhören in der Sexarbeit tätig zu sein. So werden genau die kriminalisiert und unsicheren Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die man eigentlich schützen möchte. Bezogen auf die Kondompflicht lautet die Erkenntnis der Deutschen Aidshilfe, dass Prävention wirksamer ist als Verbote. Gesundheitliche Aufklärung wäre hier wichtiger als ein Straftatbestand, der nur unter Verletzung der Intimsphäre überprüft werden kann. Sexuelle Nötigung wiederum ist bereits jetzt eine Straftat, ein weiteres Sondergesetz für die Prostitution ist konterproduktiv bei deren gesellschaftlicher Eingliederung.



Vorstellung der beteiligten Organisationen

BufaS e.V. (Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter)

Im Dachverband *BufaS* sind viele der in Deutschland tätigen Fachberatungsstellen für Sexarbeiter_innen zusammengeschlossen. Der *BufaS* ermöglicht es den Beratungsstellen, die in alltäglichem Kontakt mit den Themen von Sexarbeiter_innen sind, mit einer einheitlichen und starken Stimme für die Interessen von Sexarbeiter_innen zu sprechen. Der *BufaS* hat außerdem einen Beirat, der aus aktiven Sexarbeiter_innen besteht, so dass sich die Perspektiven von Sexarbeiter_innen und Sozialarbeiter_innen ergänzen.

Der *BufaS* tritt ein für die konsequente Entkriminalisierung der Prostitution, für den Abbau des gesellschaftlichen Huren- und Stricherstigmas sowie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Prostitution. Dazu veröffentlicht er Stellungnahmen zu relevanten politischen Themen, organisiert alle zwei Jahre eine Fachtagung und betreibt Vernetzungs- und Lobbyarbeit.

BesD e.V. (Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen)

Der *Berufsverband* wurde im Oktober 2013 in Köln gegründet und versteht sich als Interessenvertretung von Sexarbeiter_innen aller Nationalitäten und Geschlechter, die in Deutschland arbeiten. Im Berufsverband können alle aktiven und ehemaligen Sexarbeiter_innen Mitglied werden. Er richtet sich bewusst an alle Branchen der Sexarbeit, seien es Prostituierte, die als Escort, im Bordell, auf der Straße, in Clubs oder eigenen Apartments arbeiten, Tantra- und Erotik-Masseur_innen, BDSM-Dienstleister_innen, Sexualbegleiter_innen oder Striptänzer_innen.

Der *BesD* setzt sich aktiv ein für die Entkriminalisierung und Entstigmatisierung und verbesserte Arbeitsbedingungen von Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind. Dazu tritt er in den Dialog mit Politik, Öffentlichkeit und anderen Interessengruppen und will einen realistischen Einblick in die Vielfalt des Arbeitsalltages von Sexarbeiter_innen geben. Das Fachwissen und die Kompetenzen der Mitglieder, zusammen mit den von ihnen gemeinsam definierten Zielen des Verbandes, bilden die Basis seiner Arbeit.

Hydra e.V. - Treffpunkt und Beratung für Prostituierte

Der Verein *HYDRA* e. V. wurde 1980 als erste autonome Hurenorganisation Deutschlands in Berlin von sozial engagierten Frauen aus unterschiedlichen Berufssparten, u.a. der Prostitution, gegründet. *HYDRA* e.V. setzt sich für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Sexarbeiter_innen mit anderen Erwerbstätigen ein. Der Verein engagiert sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Prostituierten und kämpft gegen ihre Diskriminierung und gesellschaftliche Stigmatisierung.

Die Vereinsmitglieder von *HYDRA* e.V., sind mehrheitlich aktive Sexarbeiter_innen. Aber auch engagierte Frauen aus anderen Berufen können bei *HYDRA* Mitglied werden.

Der Verein betreibt seit 1985 eine Beratungsstelle für Sexarbeiter_innen und unterhält seit 1988 einen Sozial- und Rechtshilfefonds, aus dem Sexarbeiter_innen finanzielle Hilfen in Notlagen oder bei politisch bedeutsamen Rechtsstreitigkeiten beantragen können.